

Ercheint täglich früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 53. Sperrstunden der Redaction Vormittags 10-12 Uhr. Nachmittags 4-6 Uhr.

Die in diesem Blatt enthaltenen Anzeigen sind für die Redaction nicht verbindlich. Die in diesem Blatt enthaltenen Anzeigen sind für die Redaction nicht verbindlich.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 101.

Freitag den 11. April 1879.

73. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

Die Wohnungsfürsorge der im Jahre 1879 in Leipzig, Stadt, gemütherten militairpflichtigen Mannschaften sind eingezogen und liegen auf unserem Quartier-Comptoir, Katharinenstraße Nr. 29, I. Etage, alte Rathswaage, zum Abholen bereit, was hiermit zur Kenntniss der Betheiligten gebracht wird. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Erdmann. Kamprecht.

## Bekanntmachung.

An unserer Realschule II. Ord. ist die mit 5700 A dotirte Oberlehrerstelle für den naturwissenschaftlichen Unterricht in den Ober-Classen sofort zu besetzen. Die Qualifikation zum Unterrichte in der Chemie und den beschriebenen Naturwissenschaften besitzen, wollen ihre Gesuche unter Beifügung ihrer Zeugnisse bis zum 21. April d. J. bei uns einreichen. Besondere Berücksichtigung finden Bewerber, welche bereits in Oberclassen einer Realschule unterrichtet haben. Leipzig, am 9. April 1879. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georgi. Lehner.

## Bekanntmachung.

Die über den Bleichenmühlgraben führende alte Holzbrücke in der Nähe der Bleichengasse soll Sonnabend, den 12. April, Vormittags 10 Uhr gegen sofortige Baarzahlung unter den an Ort und Stelle bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden. Leipzig, am 8. April 1879. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Erdmann. Bangemann.

## Bekanntmachung.

Die in den Rath-Protokollen enthaltenen Hölzer sind innerhalb 8 Tagen abzuführen, widrigenfalls nach den Licitationbedingungen verfahren werden dürfte. Des Raths Fortdeputation. Leipzig, am 8. April 1879.

## Holzauction.

Freitag, den 18. April d. c., sollen von Nachmittags 3 Uhr an im Fortreviere Sonnawig 13 eichene Stämme, 1 Kmr. eichene Brennweite, 7 Haufen eichener Abraum, 7 Haufen Schlagschiff, sowie 1 Partie Brennholz.

unter den an Ort und Stelle ausgehängenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden. Zusammenkunft: an der Muthbrücke auf der Plagwitzer Straße. Des Raths Fortdeputation. Leipzig, am 9. April 1879.

## Regierung und Centrum.

Die Verhältnisse, welche sich die officielle Presse — es ließe sich sagen, ob freiwillig oder unfreiwillig — über die vielberufene Audienz des Abgeordneten v. Windthorst beim Reichskanzler angelegt hatte, ist nunmehr durchbrochen. Ein Stimmungsartikel durchläuft die der Regierung nahe stehende Presse, der mit unerheblichen Varianten in den verschiedenen Berliner Morgenblättern vom Donnerstag sich als Entzifferer präsentiert und dazu bestimmt ist, „epithemisch“ weiterzuwirken. Interessant ist an dem Artikel die Bemerkung, daß es eine haltlose Annahme sei, der Reichskanzler sei im Stande, die Stimmen des Centrums in der Tarifffrage durch kirchenpolitische Zugeständnisse zu erkaufen. Zu einem solchen Opfer, sagt das geistvolle Clarinet, „liegt gegenüber der Volksstimmung in Deutschland auch nicht der geringste Grund vor.“ Demnach ist man wohl der Meinung, daß, wenn die „Volksstimmung“ eine andere wäre, zu Gunsten des neuen Zolltarifs allerdings kirchenpolitische Concessionen an das Centrum gemacht werden müßten? Wir lassen, um dem Leser einen Anhalt dafür zu geben, wie das Berliner Pressebureau Stimmung für die Politik des Reichskanzlers zu machen für gut befindet, den betreffenden Artikel hier folgen:

Die Unterredung, welche der Abgeordnete Windthorst am 31. März mit dem Reichskanzler gehabt, giebt noch immer zu wunderlichen Gerüchten und Rathmachungen Veranlassung. Daß die Unterhaltung sich nicht um die kirchliche Frage bewegt hat, war schon constatirt und wird im Allgemeinen auch nicht in Zweifel gezogen. Allein man sieht in der bloßen Thatfache der Unterredung den ersten Schritt einer Annäherung, hinter welcher man geneigt ist, eine Art Bündniß mit dem Centrum zu suchen. Wer die Dinge mit einigermaßen unbefangenen Auge betrachtet, wird sich erinnern, daß der größte Theil des Centrums bereits der Erklärung der 204, die sich als volkswirtschaftliche Vereinigung zusammengesunden hatten, angehört. Man wird sich ferner erinnern, daß die meisten Mitglieder des Centrums Vertreter industrieller Bezirke sind, in denen die Freihandelspolitik niemals Anhänger gefunden hat, daß ferner das journalistische Organ des Centrums, die „Germania“, lange, ehe an die jetzige Zollreform zu denken war, den Weg der Schuttpolitik empfohlen hat. Wenn das Centrum bei der jetzigen Tariffreform dem Reichskanzler feindlich gegenübertritt, so würde es damit eingesehen, daß es aus Gründen der kirchenpolitischen Lage der Opposition selbst wider längst erklärter Ueberzeugung betrete. So haltlos daher einerseits die Annahme ist, das Centrum sei durch Aussichten einer veränderten kirchenpolitischen zu seiner gegenwärtigen Haltung in der Tarifffrage bewegt, so ist andererseits die Annahme noch weit haltloser, der Reichskanzler sei

im Stande, die Stimmen des Centrums durch kirchenpolitische Zugeständnisse zu erkaufen. Zu einem solchen Opfer liegt gegenüber der Volksstimmung in Deutschland auch nicht der geringste Grund vor. Die Majorität für die Tariffreform würde auch bei dem übrigen durchaus nicht voraussetzenden und auch nicht wünschenswerthen Widerstand des Centrums zu Stande kommen, wenn nicht in dem jetzigen Reichstag, so doch in einem neu zu wählenden. Das Centrum würde diesen Widerstand mit dem Verlust eines sehr großen Theils seiner Sitze bezahlen; aber eine solche Unklarheit von Seiten dieser Partei ist um so weniger zu erwarten, als sie nach ihren Antecedentien zur Begehung derselben nicht nur keinen Anlaß hat, sondern diese Antecedentien geradezu verleugern müßte.

Wer sich des Tones erinnert, den die Officialen sonst gegen die Jesuitenclique des Reichstages anschlugen, wird erkennen über die Consequenz, die heute den geschworenen Feinden des deutschen Nationalstaates gegenüber geübt wird. Der Reichskanzler selbst läßt an seinem bestigsten Gegner die größte Courtoisie, wie aus der Genesiss der Audienz hervorgeht.

Der ultramontane „West. Merkur“ läßt sich darüber aus Berlin das Folgende berichten: „Wie es üblich ist, hatte der Abg. Windthorst beim Reichskanzler schriftlich angefragt, ob und wann er ihn in der Angelegenheit der verewittweten Königin von Hannover sprechen könne. Daraus erfolgte eine sofortige und sehr höfliche Antwort, welche es Herrn Windthorst freistellte, entweder noch am selbigen Tage oder am nächsten Tage zu einer bestimmten Stunde zu erscheinen. Da der nächste Tag nun der 1. April, der Geburtsstag des Fürsten war, so entschied sich Herr Windthorst noch für denselben Tag. So war die „Conferenz“ mit allen ihren Vorbereitungen das Werk weniger Stunden gewesen. Im Uebrigen soll man, wie ich höre, beiderseits von ihrem Resultate recht befriedigt sein. Ob außer den Vermögens-Angelegenheiten der Königin-Wittwe von Hannover noch von anderen Dingen die Rede gewesen, davon hat der Abg. Windthorst meines Wissens bei seiner gewöhnlichen, hier doppelt gebotenen Zurückhaltung Niemandem etwas mitgetheilt, ich wiederhole aber, ich halte es für wahrscheinlich, daß von solchen „anderen Dingen“ gesprochen worden ist, wie ja dies schon der allgemeine Stand der kirchlich-politischen Lage nahelegt.“

Wir glauben nicht, daß Fürst Bismarck den Weg nach Cassino gehen wird, aber wir betonen, daß die Regierung die Pflicht hat, jegliche Besorgnisse über die Begegnung der beiden Staatsmänner offen und ehrlich zu zerstreuen. Mit officiösen Auslassungen, wie der vorstehenden, wird nur das Gegentheil erreicht und der allgemeinen Unruhe der inneren politischen Lage Vorschub geleistet.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 10. April.

Der Kaiser wird, wie uns bereits früher aus Berlin gemeldet wurde und wie die letzte amtliche „Proc. Corr.“ bestätigt, gegen Ende der Osterwoche nach Italien abreisen. Prinz Carl geht nach Italien, wohin ihn sein Hausarzt Dr. Valentini begleitet. Im Spätkommer gedankt der Kaiser zu den großen Manövern nach dem Elbe zu gehen. Mit Befriedigung hat man von der Verfügung des Königs von Bayern Kenntniss genommen, durch welche die Theilnahme seiner in den Reichslanden garnisonirenden Truppen an den Manövern bei Straßburg verboten wird, und zum ersten Mal seit dem letzten Kriege werden somit bayerische Truppen, dereint mit ihren Kameraden aus den anderen Bundesstaaten, unter den Augen des gemeinsamen deutschen Kriegsherrn manövrirt.

General-Feldmarschall von Manteuffel, den einige Blätter bereits nach Karlsbad abreisen ließen, ist am Mittwoch von dem Kaiser empfangen worden. Bepfechtungen, welche der Feldmarschall in den letzten Tagen mit maßgebenden Persönlichkeiten hatte, deuten darauf hin, daß man seine Ernennung zum künftigen Statthalter in Elsaß-Lothringen nach wie vor im Auge behält. Es scheint dieselbe im Wesentlichen von seiner Zustimmung abhängig; jedenfalls wird die neue Verwaltungsorganisation der Reichslande eifrig betrieben und es steht zu erwarten, daß nach Annahme des bezüglichen Gesetzes durch den Reichstag dieselbe noch in der ersten Hälfte dieses Jahres ins Leben treten wird. Aus Straßburg meldet das „W. Z. B.“ vom Mittwoch:

Der von dem Vorsitzenden der Justizcommission des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen, Schneegans, aufgearbeitete Bericht über die Ausführung der Civilproceßordnung ist gedruckt und an die Mitglieder der Commission vertheilt worden. Zugleich ist der Bericht dem hiesigen Advocatenstande zur Prüfung unterbreitet worden und wird letzterer am nächsten Sonntag gemeinsam darüber beraten. Der Landesausschuss tritt am 22. d. zur Beratung des Berichtes wieder zusammen. Der Schluß der Session des Landesausschusses findet voraussichtlich am 26. d. statt.

Im Reichskanzleramt haben die Beratungen einer besonderen Commission von 12 Mitgliedern unter dem Vorsitz des Unterstaatssecretärs Ed. begonnen, welche die reichsgesetzliche Regelung des Wittwen-Pensionswesens der Reichsbeamten zum Zweck haben. Es ist bringen zu wünschen, daß — so schreibt man uns aus Berlin — diese Regelung, für welche besonders der Abg. v. Bernuth seit Jahren allen seinen Einfluß geltend gemacht hat, jetzt endlich gelingen möge. Schon am 14. December 1874 theilte bei der damaligen Staatsberatung der Referent der Budgetcommission Dr. Stephan dem Reichstage mit, daß auf Veranlassung der Commission in einer

der Sitzungen derselben seitens der Regierungs-Commissione erklärt worden sei, daß die vom Reichstage angeregte Frage einer gesetzlichen Regelung der Pensionen resp. Unterhaltungen für die Hinterbliebenen sowohl der Civilrechtsbeamten als der Militärs in der Beratung begriffen und daß schon „in einiger Zeit“ eine Vorlage darüber zu erwarten sei.

Bei einzelnen der Berliner Officialen scheint die Kampfbegierde schon eine bedenkliche Begriffsverwirrung erzeugt zu haben. Ein „freiwillig-gouvernementaler“ Berliner Correspondent der Wiener „Montagsrevue“ stellt dem Reichstage, falls derselbe für den Zolltarif die Commissionsberatung beschließt, die Auflösung in Aussicht und fügt hinzu, daß dieselbe erfolgen werde „wahrscheinlich unter gleichzeitiger Publication des Zolltarifs auf dem Wege kaiserlicher Verordnungs, vorbehaltlich der Zustimmung eines neu zu wählenden Reichstags, über dessen Zusammensetzung haben wir kräftig kein Zweifel bestehen wird.“ Ob der treffliche Mann wohl eine Ahnung davon hat, daß er dem Kaiser nichts Beringeres als einen Staatsstreich zumuthet? Offenbar hat ihm Artikel 63 der preussischen Verfassung vorgeschwebt, nach welchem in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Befestigung eines ungewöhnlichen Nothstandes es dringend erfordert, unter Verantwortlichkeit des gesammten Staatsministeriums Verordnungen mit Befehlskraft erlassen werden können, insofern der Landtag nicht versammelt ist. Die Verfassung des deutschen Reiches kennt ein derartiges Verordnungsrecht nicht. Man sollte doch von Denjenigen, welche sich in der Presse als die Vertrauten der Reichsregierung geriren, erwarten dürfen, daß ihnen dieser Sachverhalt auch bei sonst noch so übermüthiger Laune gegenwärtig wäre.

Nach dem amtlichen Ergebnisse der im 9. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Frankfurt a. O. (Cottbus-Spremerberg) stattgehabten Reichstagsersatzwahl wurden im Ganzen 9238 Stimmen abgegeben. Hiervon erhielt Major a. D. Freiherr v. Waderbarth-Vrielen (deutsch.) 5743, Fabrikbesitzer Dr. Weigert in Berlin (liberal) 2906 und Socialdemokrat Kapell in Hamburg 592 Stimmen, die übrigen Stimmen zer-splitterten sich. Sonach ist der Erstere gewählt.

Die bulgarische Notabelversammlung hat den Antrag auf Bildung eines Senats und Errichtung eines Staatsrathes abgelehnt. Dagegen wurde die Einführung einer großen und einer kleinen Nationalversammlung beschlossen. Erstere soll über außergewöhnliche, letztere über die laufenden Staatsangelegenheiten beraten und beschließen. Außerdem wurde die Einführung vollständiger Pressefreiheit beschlossen.